

Nr. 499 II

1987-06-01

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. DILLERSBERGER, HINTERMAYER, DR. OFNER, Ing.
MURER

an die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Umweltprobleme der österreichischen Staatsbetriebe ÖMV AG

In seiner Ausgabe vom 4. Mai 1987 widmet "Der Spiegel" den österreichischen Staatsbetrieben einen mehrseitigen Artikel. Ein eigener Abschnitt befaßt sich mit den unbewältigten Umweltproblemen.

Darin heißt es: "Die größte Umweltbombe der Verstaatlichten tickt aber im Süden Wiens, bei der ÖMV in Schwechat. Dort ist der Untergrund des Raffineriegeländes durch undichte Rohrleitungen und lecke Tanks auf weite Strecken mit Öl verseucht. Die ÖMV vermutet, daß bislang Öl im Wert von 100 Mio S versickert ist. 'Die Öllinsen', so ein interner Bericht, 'wandern mit dem Grundwasserstrom'. Gelangen sie bis in die Donau, droht dem Fluß das Schicksal des Rheins."

Und weiter schreibt "Der Spiegel": "Bedrohlich für die ÖMV-Manager sind die Pläne der staatlichen Elektrizitätsgesellschaften, die zwischen Wien und Preßburg eine Reihe von Wasserkraftwerken bauen wollen. Jede Staustufe würde die Grundwasserverhältnisse weitgehend verändern – das Öl unter der ÖMV könnte dann plötzlich in den Stauseen rund um Hainburg auftauchen." – mit unabsehbaren Folgen für die Bevölkerung, aber auch für die Tier- und Pflanzenwelt und die Landwirtschaft in diesen Gebieten. Sollten diese Meldungen stimmen, wäre ein geradezu unfaßbarer Umwelt- und Wirtschaftsskandal aufgedeckt worden. Die ÖMV hat bisher lediglich durch einen Sprecher mitgeteilt, daß "von einer Umweltbombe keine Rede sein könne" und daß Probebohrungen ergeben hätten, "daß das Öl stationär sei", was dem angeblich existierenden internen Bericht widersprechen würde. Der Existenz der unterirdischen Öllinsen wird also nicht widersprochen. Da die ÖMV nicht zum typischen Verlustbereich der österreichischen Staatsbetriebe gehört, wäre eine rechtzeitige Reparatur dieser Leitungs- und Tankschäden auf eigene Kosten durchaus möglich gewesen, zumal diesen Maßnahmen Millionenwerte an nicht mehr versickerndem Öl gegenüberstünde. Ob die ÖMV die zuständigen Behörden und die Projektbetreiber der in Frage

- 2 -

kommenden Wasserkraftwerke über den Umstand der Grundwasserverseuchung informiert hat, wäre für die Anfragesteller von großem Interesse. Der Informationsstand des für die Erhaltung einer gesunden Umwelt zuständigen Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Lecks und ihre Folgen erscheint höchst aufklärungsbedürftig, ebenso die von ihm und dem Unternehmen gesetzten Maßnahmen zur Vermeidung weiterer negativer Folgen des Grundwasserskandals im In- und Ausland.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie die nachstehende

A n f r a g e :

1. Seit wann liegt Ihrem Ressort der interne ÖMV-Bericht vor?
2. Verfügt Ihr Ressort über Untersuchungen, welche Auswirkungen die sogenannten "Öllinsen" auf
 - a) die Wasserkraftprojekte östlich von Wien,
 - b) das Grundwasser östlich von Wien,
 - c) das Oberflächenwasser östlich von Wienhaben können?
3. Wie viele Gespräche über diesen Problemkreis haben Sie
 - a) mit Vertretern der ÖMV AG,
 - b) mit Vertretern der Betreiber von Donaukraftwerksprojekten,
 - c) mit sonstigen Betroffenen (Anrainergemeinden, Anrainerbetriebe, Wasserrechtsbehörde, sonstige Behörde)geführt? Was war das Ergebnis dieser Gespräche?
4. Mit welchen Ihrer Ressortkollegen haben Sie diesen Problemkreis bereits beraten? Was war das Ergebnis dieser Beratungen?